

Leitantrag 2007

Keine Toleranz mit Intoleranten!

(Homosexualität und Islam)



LSU

LESBEN UND SCHWULE
IN DER UNION

Christliches Menschenbild

Die LSU fühlt sich den Grundsätzen des christlichen Menschenbildes verpflichtet. Im Mittelpunkt stehen die Bewahrung der Schöpfung und die Achtung aller Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer körperlichen Unversehrtheit, Religion, Rasse, Staatsangehörigkeit oder sexuellen Identität.

Prägend für die deutsche und europäische Geschichte sowie die politische und wirtschaftliche Rolle Deutschlands und Europas in der Welt ist die Trias aus Juden- und Christentum, Humanismus und Aufklärung. Sie machten und machen das Individuum zum Maßstab des Denkens und befreiten die Menschen allmählich aus den Fesseln tabuisierender und irrationaler Vorstellungen. Aufklärung, Humanismus und Juden- und Christentum haben sich gegenseitig befruchtet und bilden inzwischen gemeinsam unser freiheitliches, kulturelles und ethisches Koordinatensystem.

Leitkultur

Nur wer weiß, wer er selbst ist, kann anderen glaubwürdig begegnen. Daher gilt es, die eigene Identität zu definieren und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu anderen herauszuarbeiten. Dazu gehört unser Bekenntnis zu Heimat, Vaterland und Leitkultur in Deutschland. Wir brauchen ein Bekenntnis aller in Deutschland Lebenden zu einer gemeinsamen Wertebasis, die über einen reinen Verfassungspatriotismus hinausgeht.

Wir leben zusammen in einer Gemeinschaft. Partialkulturen müssen daher allgemeine Standards des Miteinanders akzeptieren. Die LSU lehnt jede Art von Kulturrelativismus ab. Die Würde des Menschen ist unantastbar und dazu zählt auch die sexuelle Identität.

Religionsfreiheit

Die Neutralität des Staates im Blick auf die einzelnen Religionen darf nicht mit Gleichgültigkeit und unreflektierter Toleranz gegenüber dem Wirken von Religionen in der Gesellschaft verwechselt werden. Der christliche Glaube ist über seine kulturell vermittelten und historisch verwurzelten Wertüberzeugungen und Einstellungen von überragender Prägekraft in Deutschland.

Eine voreilige rechtliche Gleichstellung des Islam mit dem Judentum und Christentum ist Ausdruck falsch verstandener Toleranz. Der Islam steht im Gegensatz zum Judentum und Christentum nicht im kulturellen Zentrum Europas. Er spiegelt sich nicht in gleichem Maße im alltäglichen Leben wider. Ohne das Judentum und Christentum ist unsere gesellschaftliche und politische Ordnung nicht zu verstehen. Das Judentum und Christentum ist ein zentraler Baustein im kulturellen Erbe Europas. Aus dem christlichen Menschenbild leiten wir auch den Gedanken der Leitkultur in Deutschland ab.

Das Eindringen von Rechtsvorstellungen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes zuwiderlaufen, darf keinesfalls geduldet werden. Parallelrechtsordnungen, rechtsfreien Räumen oder gar Selbstjustiz im Namen von Gruppennormen oder vermeintlichen Ehrbegriffen muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden. Es darf zu keiner schleichenden Islamisierung unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit kommen. Hier ist die wehrhafte Demokratie gefordert.

Keine Toleranz mit Intoleranten!

Die Kernthese der jüngsten Studie "Einstellungen junger Einwanderer zur Homosexualität"¹ lautet unmissverständlich: Jugendliche mit Migrationshintergrund zeigen durchweg eine stärker ausgeprägte homosexuellenfeindliche Einstellung als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Danach haben 79 % der türkeistämmigen männlichen Jugendlichen und 76% der männlichen Jugendlichen aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion, aber auch 48 % der deutschen männlichen Jugendlichen in Berlin offen schwulen- und lesbenfeindliche Ansichten. Je mehr Religiosität einerseits und die Akzeptanz traditioneller Männlichkeitsnormen andererseits dominieren, desto stärker ist Homophobie verbreitet.

Die aus dieser Studie klar belegten Probleme müssen offen und ohne ideologische Verblendungen angesprochen werden. Häufig schon war Schweigen ein mitunter tödlicher Fehler. Sowohl rechtsstaatliches Verhalten als auch Respekt vor den Opfern gebieten es, zwischen Tätern und Opfern klar zu unterscheiden und die Täter als solche auch eindeutig zu benennen. Keine Toleranz mit Intoleranten!

Bernd Simon, Einstellungen zur Homosexualität: Ausprägungen und sozialpsychologische Korrelate bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund (noch nicht veröffentlicht),

Zusammenfassung in: <http://www.berlin.lsvd.de/cms/files/Zusammenfassung%20Simon-Studie.pdf>, abgerufen 22.10.2007, 12.30 Uhr.

Gewalt

Armut, schulisches und berufliches Scheitern, Perspektivlosigkeit und andere soziale Probleme, von denen Einwanderer häufig betroffen sind, können keinesfalls als Rechtfertigung für Homophobie bis hin zur offenen Gewaltanwendung dienen. Das staatliche Gewaltmonopol steht nicht zur Disposition. Die Anwendung von Gewalt, bis hin zum Mord, um „die Ehre“ zu erhalten oder wiederherzustellen, darf keinesfalls geduldet und muss mit aller Konsequenz verfolgt werden.

Gleichzeitig gilt es aber auch, insbesondere bei muslimischen Jungen und jungen Männern mit Migrationshintergrund, das Bewusstsein für die in der deutschen Mehrheitsgesellschaft akzeptierten und gelebten Werte zu stärken. Toleranz ist nicht nur eine Einstellungs-, sondern auch eine Erfahrungs- und Lernsache. Daher sind vielschichtige und weitgreifende Integrationsangebote im Rahmen festgelegter Integrationsforderungen wichtig.

Die LSU unterstützt Anti-Gewalt-Projekte wie z.B. Maneo in Berlin und Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei, um den Gedanken der (Kriminal-) Prävention zu stärken.

Ein religiös oder kulturell begründeter Ehrenkodex (Wiedergewinnung der „Familienhre“ durch Ächtung, Verstoß, Zwangsheirat oder Tötung) darf vor deutschen Gerichten nicht zu einem Kulturabbau führen. Ebenso vehement muss gegen Hasspredigten und –verbrechen vorgegangen werden, die das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft unterminieren wollen, um ihre eigenen totalitären Ideen verwirklichen zu können.

Keine rechtsfreien Zonen

Der Staat hat die Pflicht, keine rechtsfreien Zonen zuzulassen. Schwule und Lesben müssen sich überall offen und frei bewegen und auch leben können. Dies gilt insbesondere für Großstädte mit Problembezirken.

Ein Fall wie beispielsweise die Vertreibung des Berliner "Café PositHIV", durch gezielte Angriffe (mit Pflastersteinen und Eisenstangen) von zumeist türkischen und arabischen Jugendlichen aus dem Schöneberger Norden darf sich nicht wiederholen!

Die LSU ist gegen Ghattobildung und Polarisierung und fordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Entstehen von Parallelgesellschaften in Deutschland zu unterbinden bzw. dort, wo sich solche versuchen zu etablieren, zurückzudrängen. Es gibt einen unleugbaren Zusammenhang zwischen Parallelgesellschaften muslimischer Prägung – oft gepaart mit patriarchalischen Formen – und grassierendem Hass auf Homosexuelle und ihre Lebensweise.

Integration

Integration ist vor allem eine Verpflichtung und Aufgabe der Einwanderer, die dauerhaft in Deutschland leben wollen und können.

Wir wollen auf ein soziales und kulturelles Miteinander der Menschen, die in Deutschland leben, hinwirken. Wir lehnen ein multikulturelles Gegeneinander ab, weil es kalt und unsozial ist, die Solidarität untergräbt und zu Intoleranz und Gewalt führt. Das kulturelle Leben in Deutschland schöpfte immer aus einer Vielfalt regionaler Quellen und fremder Einflüsse. Integration lebt von einer Kultur der Bildung, Teilhabe und Anerkennung.

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist nicht allein als Maßstab für Integration zu betrachten. Notwendig sind umfassende, verpflichtende Integrationskurse, die ordnungsgemäß mit einer erfolgreichen Abschlussprüfung beendet werden müssen. Nur dadurch bekommen Einwanderer die Chance, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden.

Muslime unterstützen!

Schließlich gilt es, lesbische und schwule Muslime in Deutschland in ihrer Emanzipation zu unterstützen und in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, um ihnen ein freies und selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Hier gilt es auch das Phänomen der Scheinehen, in die sich lesbische und schwule Muslime aufgrund ihrer Angst vor der eigenen Gemeinschaft flüchten (um Zwangsverheiratung, Verstoß, Misshandlung oder gar Tötung zu entgehen), zu erkennen und entgegen zu wirken.

Deshalb unterstützt die LSU die Aufklärungsarbeit von Organisationen wie Miles², GLADT³, Türk-Gays&Lesbians⁴ und anderen, um die Situation von muslimischen Lesben und Schwulen dauerhaft zu verbessern.

2 Miles – Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule 3 Gays & Lesbians aus der Türkei 4 Türk-Gays&Lesbians im LSVD

Verantwortung der muslimischen Verbände

Einen ganz entscheidenden Beitrag zur erfolgreichen Integration müssen die zahlreichen muslimischen Verbände in Deutschland leisten, die eine nicht unbedeutende Anzahl der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland vertreten. Die muslimischen Verbände müssen ihre eigene Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen in Deutschland übernehmen. Neben ihren Partikularinteressen müssen sie sich auf das gesamtgesellschaftliche Gemeinwohl verpflichten und aktiv zur Integration in unserer westlichen Gesellschaft beitragen.

Der Leitantrag wurde von der Bundesmitgliederversammlung der LSU2007 in Potsdam beschlossen.

LSU (Lesben und Schwule in der Union)
Postfach 08 06 21
10006 Berlin

kontakt@lsu-online.de
www.lsu-online.de